Anfrage öffentlich	Datum 10.05.2021	Nummer F0157/21
Absender **Fraktion AfD**		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 10.05.2021	

Kurztitel
Doppelstruktur zur Ausschussarbeit?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Ich weiß nicht, wie die Einladung des Herrn Canehl vom 30.04.21 zu einer, wie es heißt, „grundlegenden Debatte über Schulstandorte in Magdeburg“ im Ratssaal zu verstehen sein soll. Auf den ersten Blick sieht sie jedoch aus wie der Versuch, an den von Verfassung und Gesetzen vorgesehenen Entscheidungsfindungsgremien vorbei Parallelstrukturen zu errichten, in denen nur noch erlesene Auserwählte bestimmen sollen, was in Magdeburg geschieht. Dass es aus Sicht der Grünen uns und offenbar auch den Kollegen von der Gartenpartei am ausreichend gefestigten Klassenstandpunkt fehlt, ist mir schon klar.

Aber das ist trotzdem keine Rechtfertigung dafür, eigenmächtig Beratungs- und Entscheidungsmechanismen zu kreieren, die an der gewählten Stadtvertretung und an deren Gremien insgesamt vorbeilaufen. Die Stadtelternsprecherin und die Beigeordnete für Bildung und Sport werden sich zwar geehrt fühlen, dass man auch sie für würdig erachtet, an einer so illustren Zusammenkunft teilzunehmen.

Es stellt sich dennoch die Frage, was man sich davon verspricht, kurzerhand Entscheidungen, die die gesamte Stadt und deren Bürger betreffen, ohne die Gesamtheit der von ihnen gewählten Vertreter vorzubereiten und den Stadtrat vor vollendete Tatsachen zu stellen. Offenbar will man sich keinen kritischen Nachfragen oder Anmerkungen stellen, wie sie im eigentlich zur Beratung und Entscheidungsfindung vorgesehenen Gremium zu erwarten wären.

Diese Vorgehensweise, die Nutzung des Ratssaals und die Instrumentalisierung ihrer von uns mitgewählten grünen Beigeordneten sind ein Skandal und ein Beleg dafür, dass hier ANTI-Demokraten am Werk sind.

Daher frage ich Sie:

1. Wie sehen die Verwaltung, der OB und der Stadtratsvorsitzende diese Vorgehensweise?

2. Besteht hier ein eventueller Missbrauch von Räumlichkeiten (Ratssaal) oder eine unrechtmäßige Einbeziehung der „grünen“ Beigeordneten, um unliebsame Fraktionen auszugrenzen?

3. Wurde diese Einladung mit dem Bildungsausschuss oder dem Vorsitzenden des Ausschusses abgesprochen?

4. Wie möchte man zukünftig ANTI-demokratische Erscheinungsformen einer Aushöhlung des Parlamentarismus wie in diesem konkreten Fall verhindern?

5. Wer hat den Raum im Rathaus für diese Veranstaltung reserviert - ein Stadtrat oder eine Fraktion?

Ronny Kumpf
Stadtrat